

Wiebke Keuneke

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Kuba

vom 16. Januar bis 25. Februar 2017

„Obama kommt, Fidel stirbt, Trump bleibt – Die Auswirkungen der politischen Veränderungen auf das kubanische Volk.“

Von Wiebke Keuneke

Kuba, vom 16. Januar bis 25. Februar 2017



Inhalt

1. Zur Person
2. Prolog
3. Wo steht Kuba außenpolitisch gesehen zum Zeitpunkt der Recherchereise?
4. Kuba ohne Fidel – Die USA mit Trump
 - 4.1 Das Ende der dry foot – wet foot policy
 - 4.2 Donald Trump – Der große Unbekannte im Norden
 - 4.3 Reaktionen der Kubaner auf Fidels Tod – Zwei Monate danach
5. Alle sprechen von der Öffnung Kubas – Ist dem wirklich so? – Ein Vergleich
 - 5.1 2002
 - 5.2 2014
 - 5.3 2017
 - 5.4 Nach außen Öffnung – Nach innen verstärkte Repressionen
6. Verschiedene Berufsgruppen: wollen sie gehen oder bleiben?
 - 6.1 Ärzte
 - 6.2 Lehrer
 - 6.3 Journalisten

6.4 Künstler

6.4.1 Graffitikünstler „El Sexto“

6.4.2 Künstler Kcho

7. Danksagung

1. Zur Person

Wiebke Keuneke, geboren am 22. Juli 1981 in Celle, hat Politik und Interkulturelle Kommunikation in Hildesheim, Granada und Barcelona studiert. Ihre ersten zwei Jobs nach dem Studium führten sie als Junior Expertin im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (damals GTZ, heute GiZ) nach Vietnam und an das BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) in den Bereich Wissenschaftskommunikation.

Danach fasste sie sich ein Herz und verfolgte ihren Traum Journalistin zu werden. An der Journalistenschule in Potsdam, der Electronic Media School, wird sie trimedial ausgebildet (Print, Radio, Fernsehen). Seit ihrem Abschluss im Frühling 2011 arbeitet sie als freie Journalistin (Autorin, Reporterin, Redakteurin) für alle ARD-Anstalten. Aktuell lebt sie, wenn sie nicht für eine ihrer Dokumentationen in der Welt unterwegs ist, in Berlin.

In ihren Radiofeatures beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit Gesellschaften im Wandel: Die Probleme indigener Völker im Dschungel von Borneo, der Demokratisierungsprozess in Myanmar oder die Fluchtpläne junger Menschen auf Kuba. Ihr Feature über die Herausforderungen der Hafentarbeiter von Reykjavik in Zeiten der Gentrifizierung – („Hulda und die Hafentarbeiter“, DLF 2016) wurde als bestes politisches Reisefeature in der deutschsprachigen Hörfunklandschaft mit dem Goldenen Columbuspreis ausgezeichnet.

2. Prolog

Bevor mir die Heinz-Kühn-Stiftung ermöglicht hat im Frühling 2017 intensiv auf Kuba zu recherchieren, hatte ich das Glück schon zweimal vorher diese Insel zu besuchen. Das erste Mal 2002 als Studentin und danach 2014 als Journalistin. Das ist insofern interessant zu wissen, weil ich also die Möglichkeit hatte, nicht nur an Kontakte anzuknüpfen, sondern vor allem auch die Situationen damals und heute zu vergleichen. Aber dazu später mehr.

Meine zwei Features über Kuba („Zu lange gehofft – eine Kubanerin plant ihre Zukunft“, RBB/MDR 2014, und „Der angezählte Riese – Boxen auf Kuba“, WDR/DLF 2014) sind das Ergebnis einer Recherchereise nach Kuba (Januar 2014), die ich ehrenamtlich für den Verein *journalists.network* organisiert habe. Dazu kam es folgendermaßen: Während meines Studiums war ich schon einmal für längere Zeit (im Juli 2002) auf Kuba. Offiziell war es ein Austausch zwischen den Universitäten Hildesheim und Havanna. Da-

mals durchlitt Kuba den Höhepunkt der durch den Zusammenbruch der Sowjetunion verursachten wirtschaftlichen Krise: Die Menschen hatten nichts. Wirklich gar nichts. Nicht selten sogar nichts zum Essen. Der Besuch auf der Insel beschäftigte mich sehr. Mir war sofort nach meiner Rückkehr klar, dass ich unbedingt noch einmal hinwollte. Spätestens mit den kubanischen Wirtschaftsreformen im Frühjahr 2011 verfestigte sich dieser Wunsch und trieb mich zum Handeln. Da ich das Gefühl hatte, dass nicht nur ich Kuba aus journalistischer Sicht interessant finden würde, beschloss ich Anfang 2013 für *journalists.network* eine Recherchereise für insgesamt zwölf Journalistinnen und Journalisten zu organisieren. Mir war klar, dass es schwierig werden würde. Dass es dann allerdings so haarsträubend kompliziert und buchstäblich bis zur letzten Sekunde spannend blieb, lag daran, dass ich mir vorgenommen hatte, offiziell als Journalistin, bzw. mit zwölf Journalisten einzureisen: Konkret bedeutete dies, dass ich zwölf offizielle Pressevisa benötigte. Das wiederum hatte faktisch zur Folge, dass ich insgesamt ein Jahr – ehrenamtlich – an der Organisation dieser Reise arbeitete, mich mehr als ein Dutzend Mal mit dem kubanischen Botschafter in Berlin treffen und ausführliche Gespräche mit seinem Presseattaché führen musste. (So nervenraubend ich das manchmal empfand, so unglaublich viel habe ich während dieser Treffen über die Denkweise der kubanischen „Kader“ gelernt). Und es hat sich gelohnt: Wir konnten schließlich mit zwölf Journalisten und zwölf offiziellen Pressevisa einreisen. Ich gebe zu: Ich bin ein bisschen stolz darauf, denn damals wurde noch selbst dem offiziellen Lateinamerika-Korrespondent der ARD die Einreise verwehrt. Für mich und meine journalistische Laufbahn war diese Recherchereise ein Geschenk: Zehn Jahre nachdem ich das erste Mal auf Kuba war, konnte ich erneut dort sein – und vergleichen.

Das Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung hat mir grandioser Weise ermöglicht, erneut mit viel Zeit im Gepäck auf Kuba zu recherchieren. In un-freien Gesellschaften, in denen es um die Meinungsfreiheit nicht gut bestellt ist und der Sicherheitsapparat mit seinen Überwachungs- und Bespitzelungssystemen oft die einzige „Branche“ des Landes ist, die wirklich gut funktioniert, ist es nur von Vorteil, wenn man auf bestehende Kontakte zurückgreifen kann. Nur so kann man in seinen Recherchen vorankommen. Ich habe lange überlegt, ob ich mich wieder für ein Pressevisum „bewerben“ soll. Doch meine Sorge dieses nicht zu bekommen und dann eventuell auch für ein normales Touristenvisum gesperrt zu sein, hat dazu geführt, dass ich im Frühling 2017 ohne Pressevisum nach Kuba eingereist bin.

Meinen Rechercheaufenthalt auf Kuba habe ich wie folgt gegliedert: Die ersten vier Wochen habe ich das gesamte Land bereist. Dabei war ich in Gegenden, die ich schon kannte, aber vor allem überall dort, wo ich vorher

noch nicht war. Den zweiten Monat (ich habe das sechswöchige Stipendium privat um zwei Wochen verlängert) habe ich in Havanna bei einer Familie gelebt. Ich habe Interviews mit einer Reihe von Anthropologen, Ethnologen, Ökonomen, Unternehmern, Künstlern, Journalisten sowie Mitarbeitern von staatsfernen Hilfsorganisationen geführt. Vor allem aber habe ich versucht, in Havanna sowie auch in den ländlichen Regionen Kubas mit den einfachen Menschen in Kontakt zu treten und durch Gespräche etwas über ihre Situation zu erfahren. Dabei hatte ich das große Glück, über meine vorhandenen Kontakte mit den gleichen Menschen zu sprechen, die ich drei Jahre zuvor kennengelernt hatte – und ihre Situation zu vergleichen. Außerdem habe ich versucht, Zugang zu den Kreisen der so genannten Dissidenten zu bekommen. Mit Erfolg. Der vorliegende Bericht setzt sich somit einerseits aus den im Zuge der Recherche zusammengetragenen Fakten und Informationen sowie andererseits aus persönlichen Eindrücken, Beobachtungen und auch Begegnungen zusammen.

Zu den innenpolitischen Reformen Kubas (zu denen Claas Relotius 2013 im Rahmen des Heinz-Kühn-Stipendiums recherchiert hat) kommen seit 2015 auch vermehrt außenpolitische Veränderungen, die im Fokus meiner Recherche standen: Wie wirkt sich die beginnende Öffnung Kubas auf die Menschen im Land aus: Wollen sie gehen oder bleiben? Und wie wird Kuba mit den neuen ausländischen Investoren umgehen: Wird es den viel prophezeiten Ausverkauf Kubas geben oder wird das Land einen ganz eigenen Weg finden und es schaffen, etwas von der schwierig in Worte zu fassenden „Kuba eigenen Wahrhaftigkeit“ beizubehalten, also einen „capitalismo a lo cubano“ zu installieren? Vor allem vor dem Hintergrund, dass genau zwei Monate vor meiner Abreise Fidel Castro stirbt. Wie führerlos ist das Land ohne ihren *maximo lider*? Hinterlässt der Tod des „Bärtigen“ eine Lücke der Orientierungslosigkeit oder birgt sein Ableben Raum für Neues?

3. Wo steht Kuba außenpolitisch gesehen zum Zeitpunkt der Rechercheise?

Der Tod Fidel Castros am 25. November 2016 kann einem fast wie die unweigerliche Konsequenz aus der Annäherungspolitik seines Bruders Raúl Castro mit dem damaligen Präsidenten des „Klassenfeindes“ Barack Obama vorkommen. Denn mit unüberhörbarer Skepsis verfolgte der als Hardliner bekannt Fidel Castro die historische Aussöhnung zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten. Es bleibt schwer vorstellbar, dass es diese unter Fidel Castro gegeben hätte ...

Aber der Reihe nach. Vor allem das Jahr 2015 ist mit Blick auf die kubanische Außenpolitik ein historisches gewesen. Alles begann mit einem Telefonat am 17. Dezember 2014, in dem US-Präsident Barack Obama und Kubas Präsident Raúl Castro eine Politik der Annäherung beschlossen. Erstmals seit 1961 nahmen die ehemaligen Erzfeinde wieder diplomatische Beziehungen auf. Bisherige Höhepunkte dieser „neuen“ Politik waren der als historisch zu bewertende Handschlag zwischen Obama und Castro beim Amerika-Gipfel in Panama im April 2015, sowie die Wiedereröffnung der US-amerikanischen Botschaft in Havanna im August 2015. „Der Kalte Krieg ist vorbei. Kuba ist keine Bedrohung mehr für die Vereinigten Staaten“, sagte Barack Obama in diesem Zusammenhang. Und: Nach 33 Jahren strichen die USA Kuba von der Liste der staatlichen Unterstützer des Terrorismus.

Außerdem lockerten die USA einige Reisebeschränkungen für Amerikaner, die nach Kuba wollen. Reisen nach Kuba zum puren Vergnügen ist US-Bürgern noch immer nicht möglich. Visa werden zurzeit aber zum Beispiel erteilt für Studien- und Forschungszwecke oder für Familienbesuche.

Bisher ist diese neue Politik eher geprägt von großen Absichtserklärungen und viel Symbolik. Auch die kubanische Seite hielt und hält sich mit konkreten Maßnahmen noch bedeckt. Kubas Staatschef Raúl Castro erklärte dazu, von „normalen“ Beziehungen könne erst die Rede sein, wenn die USA ihr jahrzehntelanges Wirtschaftsembargo gegen sein Land aufgäben. Castro listete weitere Wünsche auf, darunter die Rückübertragung des US-Marinestützpunktes Guantánamo, über den die Amerikaner seit mehr als 100 Jahren verfügen. Außerdem forderte der kubanische Staatsführer Entschädigungen „für die menschlichen und wirtschaftlichen Schäden“ durch das Embargo, die Beendigung von Fernseh- und Rundfunkübertragungen aus den USA nach Kuba – und ganz allgemein die Aufgabe „destabilisierender Projekte“ der USA in Kuba. Zwischen beiden Ländern seien keine normalen Beziehungen möglich, solange das US-Wirtschafts- und Handelsembargo weiter bestehe, sagte Castro. Dieses seit 1962 geltende Embargo gegen Kuba kann aber nur der US-Kongress aufheben. Und der will dem Votum des Präsidenten – noch – nicht folgen.

Übrigens betrifft dieses Wirtschaftsembargo auch Drittstaaten, wie zum Beispiel Deutschland. Zwei Beispiele; beide aus der Zeit nach der neu ausgerichteten USA-Kubapolitik: Der Pharmakonzern Bayer verkauft keine Medikamente mehr nach Kuba, weil die USA die dafür notwendigen Genehmigungen verweigern. Die deutsche Commerzbank wurde in den USA zu einer Geldstrafe von 1,7 Milliarden US Dollar verurteilt, weil sie Geschäfte mit Kuba gemacht hat. Aus dem Jahr 2014 stammt dieses Beispiel: Während der Ebola-Krise in Westafrika, in der kubanische Mediziner Hilfe in der so

genannten „roten Zone“ leisteten, wurden Überweisungen der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Versorgung der kubanischen Ärzte gestoppt und erst nach einer speziellen Genehmigung der US-Steuerbehörde freigegeben.

Die viel zitierte „historische“ Annäherung zwischen den USA und Kuba wird also ein langwieriger Prozess sein.

Wie interessiert potentielle Investoren an Kuba als neuem Markt sind, zeigt die Internationale Havanna Messe (FIHAV) im November 2015. Aus 70 Ländern waren insgesamt 570 Unternehmen mit einem Stand vertreten, darunter 43 aus den USA und 46 aus Deutschland). Sie alle hoffen auf weitere Reformen, die das Geschäfts- und Investitionsklima verbessern.

Übrigens sprechen viele Kubaner von einem doppeltem Embargo: Denn während es seit neuestem ein Gesetz auf Kuba gibt, das Ausländern erlaubt, auf Kuba zu investieren, sind die Einheimischen nach wie vor davon ausgeschlossen. Sie dürfen nicht auf Kuba investieren. Das trifft vor allem die langsam entstehende Mittelschicht der neuen Selbstständigen, die auf „cuenta propia“ – also auf „eigene Rechnung“ – arbeiten dürfen.

Wegen der Annäherung an die USA beeilen sich jetzt auch die Europäer, auf Kuba Fuß zu fassen: Die EU-Außenbeauftragte war 2015 bereits zu Besuch, Frankreichs Präsident, Italiens Außen- und Spaniens Wirtschaftsminister folgten. Deutschland ist relativ spät dran. Doch im Juli 2015 ist Frank Walter Steinmeier als erster Bundesaußenminister überhaupt nach Kuba gereist. Das sozialistische Land will so schnell wie möglich ein Kooperationsabkommen mit der EU unterzeichnen.

Und noch einen historischen Termin gab es 2015 auf Kuba: Den Besuch von Papst Franziskus. Während einige davon überzeugt sind, dass er Raúl Castro dabei geholfen habe, die Eiszeit in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufzutauen, war es dem Vatikan wichtig zu betonen, dass Papst Franziskus „alle Kubaner“ umarmen und bei seiner Messe die gesamte Nation ansprechen wollte und nicht als Partner des Regimes verstanden werden möchte. Menschenrechtler hingegen waren enttäuscht vom Auftritt des Papstes. Sie hatten explizite Solidarität mit der Opposition erwartet, wurden aber enttäuscht. Der Papst äußerte sich nach Meinung vieler Beobachter sogar zögerlicher als seine Vorgänger bei ihren Kubabesuchen. Insgesamt wurden 60 oppositionsnahe Personen während des Papstbesuches verhaftet. Manche wurden auf dem Weg zu ihrem Termin mit dem Papst regelrecht „weggefangen“ und eingesperrt. Obwohl das einem diplomatischen Affront gleichkommt, schluckte der Vatikan diesen kommentarlos.

4. Kuba ohne Fidel – Die USA mit Trump

Als in der Nacht vom 25. November 2016 mein Handy piepst und mir eine Eilmeldung verrät, dass Fidel Castro im Alter von 90 Jahren gestorben ist, war meine erste Reaktion eher egoistisch als empathisch. „Hätte er nicht noch zwei Monate damit warten können?“ Denn dann wäre ich schon auf Kuba gewesen, so verfolge ich die Nachrichten über seinen Tod im Fernsehen, den Zeitungen und natürlich im Internet. Letzteres wäre auf Kuba, in dem die Internetsituation immer noch schwierig ist, nicht so einfach gewesen.

Heutzutage geben Weltpolitiker immer öfter über den Nachrichtendienst Twitter ihre ersten Gefühlsregungen bekannt. Allen voran Donald Trump, der damals designierte nächste Präsident der Vereinigten Staaten lässt sich zu einem knappen „Fidel Castro is dead“ herab. Später teilte er mächtig aus: Er bezeichnete Castro als „brutalen Diktator, der sein eigenes Volk fast sechzig Jahre lang unterdrückt hat“. Er habe „Exekutions-Kommandos, Diebstahl, unvorstellbares Leid, Armut und die Verweigerung von fundamentalen Menschenrechten“ zurückgelassen. Kuba bleibe eine totalitäre Insel. Doch hoffe er, dass Castros Tod einen „Schritt weg von dem Horror, der zu lange andauert hat in Richtung einer Zukunft, in der die wundervollen Kubaner endlich in der Freiheit leben können, die sie so sehr verdienen“ bedeute. Seine Regierung werde alles dafür tun, dass die kubanische Bevölkerung diese Reise endlich antreten könne. Ganz andere Worte fand Noch-Präsident Barack Obama. In seiner Rede würdigte er Castro als „einzigartige“ Persönlichkeit und wandte sich an die kubanische Bevölkerung. Er betonte die engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Die USA reichten dem kubanischen Volk „die Hand der Freundschaft“, erklärte er. „Die Geschichte wird den enormen Einfluss dieser einzigartigen Figur auf die Menschen und die Welt um ihn herum beurteilen“, fügte er offenbar in Anspielung auf Castros berühmte Aussage „Die Geschichte wird mich freisprechen“ hinzu. Schon alleine diese Reaktionen auf Twitter verdeutlichen die unterschiedlichen Haltungen der beiden US-Präsidenten zu Kuba.

Während auf Kuba eine neuntägige Staatstrauer ausgerufen wird, und in dieser Trauerperiode die Fahnen auf halbmast gesetzt werden, sollen, wie die Zeitung „Juventud Rebelde“ auf ihrer Internetseite berichtete, Rundfunk und Fernsehen auf eine „informative, patriotische und historische“ Programmgestaltung achten und alle öffentlichen Veranstaltungen abgesagt werden. In Little Havanna hingegen, einem Stadtteil im Zentrum von Miami, gingen Exil-Kubaner auf die Straße, um Fidel Castros Tod zu feiern. Sie schwenkten kubanische Flaggen und fuhren mit hupenden Autokorsos durch die Straßen.

Fest steht, Fidel Castro war eine der prägendsten und umstrittensten Figuren des 20. Jahrhunderts. Der Deutschlandfunk beschreibt Fidel Castros Rolle in seinem Nachruf folgendermaßen „Als Großgrundbesitzersohn, Revolutionär, Comandante, Befreiungskämpfer, Volkstribun, Caudillo, Führer, Diktator, Patriarch. Als Máximo Líder. Als Hass- und Heldenfigur. Erbittert geliebt wie gefürchtet. Als einsamer Kämpfer für die verblasste Ideologie eines überlebten Kommunismus ebenso wie als Bollwerk gegen den mächtigsten Feind seiner autoritären Herrschaft – die Vereinigten Staaten. Und nicht zu vergessen seine Rolle als Weltrevolutionär.“ Gegen kaum einen Politiker wurden je so viele Mordkomplote geschmiedet, wie gegen Fidel Castro. Sein Geheimdienst zählte rund 640 davon. Seit den sechziger Jahren war es offizielle Regierungspolitik der USA, Castro umzubringen, verriet einmal die CIA.

Und dieser Mann ist jetzt tot. Gestorben im Alter von 90 Jahren, zehn Jahre nachdem er sich krankheitsbedingt aus der aktiven Politik zurückgezogen hat und die „Zügel“ seinem Bruder Raúl Castro übergeben hat. Fast 50 Jahre regierte Fidel Castro auf der Karibikinsel. Zehn US-amerikanische Präsidenten kamen und gingen. Aber Fidel Castro blieb. Jetzt ist er weg.

Was bedeutet das für die Kubaner? „Nichts“, sagen viele zynisch. Andere hoffen, dass sich sein Bruder Raúl Castro endlich emanzipiert und die Öffnung weiter vorantreibt. Doch auch dieser hat schon bekannt gegeben, dass er noch bis 2018 regieren will, aber dann Jüngere an die Macht sollen. Als aussichtsreichster Kandidat für die Nachfolge als Staats- und Regierungschef gilt Miguel Díaz-Canel, ein treuer Gefolgsmann Raúls, der dessen vorsichtigen Reformkurs wahrscheinlich weiterführen wird. Eine politische Öffnung ist aber nicht vorgesehen, die Macht soll bei der Kommunistischen Partei bleiben. Der Mann aus Villa Clara könnte somit nächstes Jahr der erste Staatschef Kubas seit dann 59 Jahren sein, der weder den Namen Castro trägt, noch der historischen Generation angehört, die mit der Waffe in der Hand gegen die Diktatur von Fulgencio Batista ankämpften.

Der Übergang in die Ära Post-Fidel ist abgeschlossen, so sieht es die Regierung. Doch es gehört zur Geschichte Kubas, dass über seine Zukunft nur zum Teil in Havanna entschieden wird. Das Schicksal der Insel ist seit ihrer Unabhängigkeit eng verwoben mit der Politik, die in Washington gemacht wird. Die USA und Kuba sind wie zwei ungleiche Brüder, die aneinandergekoppelt sind. Sie lieben und sie hassen sich. Die große Frage lautet also nur teilweise: Wie geht es in Havanna weiter? Sondern auch: Wie verhält sich Washington?

4.1 Das Ende der dry foot – wet foot policy

Infolge der Annäherungspolitik zwischen den USA und Kuba kam es im Herbst 2015 zu einer – auf den ersten Blick – überraschenden Entwicklung: So viele Leute wie lange nicht mehr flohen aus dem Staate der Castros. Laut dem US-Ministerium für Innere Sicherheit hätten seit Oktober 2012 mehr als 118.000 Kubaner US-Häfen erreicht, davon kamen allein 48.000 zwischen Oktober 2015 und November 2016. Sie empfanden Torschlusspanik.

Denn als Relikt des Kalten Krieges galt in der Karibik, dass kubanische Flüchtlinge vom US- Einwanderungsrecht bevorzugt behandelt werden. Seit der Verabschiedung des „Cuban Adjustment Act“ von 1966 gewährten die Vereinigten Staaten allen Flüchtlingen aus Kuba Asyl. Kubaner erhielten zudem nach nur einem Jahr Aufenthalt in Amerika die unbefristete Aufenthaltsgenehmigung (Green Card). Dahinter steckte die Idee, das Castro Regime zu destabilisieren, indem die Auswanderung gefördert wird. Im Gegensatz zu Migranten aus anderen lateinamerikanischen Staaten erhielten Kubaner ein unbefristetes Bleiberecht in den USA, sofern sie US-amerikanisches Festland erreichen. Spätestens, wenn das US-Embargo gegen Kuba fällt, so befürchteten viele Kubaner, dürfte Washington auch die Einwanderungsgesetze für Kubaner normalisieren, sprich: Verschärfen.

Und sie sollten Recht behalten. Am 13. Januar 2017 nahm der scheidende US-Präsident Barack Obama überraschenderweise diese jahrzehntelange Immigrationsrichtlinie zurück, durch die kubanische Bootsflüchtlinge leichter eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten als Einwanderer aus anderen Ländern. Ab sofort würden Kubaner, die illegal einreisten und nicht unter humanitären Schutz fielen, zurückgeschickt, teilte Obama mit. „Damit behandeln wir Migranten aus Kuba genauso wie Migranten aus anderen Ländern.“

Die so genannte „Wet foot, dry foot“-Richtlinie wurde 1995 von Bill Clinton eingeführt. Zuvor hatten die USA seit den Sechzigerjahren praktisch alle kubanischen Flüchtlinge aufgenommen. Kubaner, die auf offenem Meer auf dem Weg in die USA aufgegriffen worden waren, durften nach einem Jahr eine gültige Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Die Vereinigten Staaten waren nicht gewillt, Menschen zurück in das kommunistische Kuba zu schicken, und die Regierung des damaligen Präsidenten Fidel Castro lehnte die Rückführung generell ab. In der Vergangenheit hatte sich Kuba vehement über die US-amerikanischen Immigrationsprivilegien für Kubaner beschwert. Sie würden die Menschen zu gefährlichen Fluchtversuchen über das Meer verleiten und Kuba wichtiger Fachkräfte berauben. Für diejenigen, die das Land unbedingt verlassen wollten, bot die Richtlinie jedoch eine Möglichkeit, ein neues Leben in den USA zu beginnen.

Die Beendigung dieser Sonderregelung für Kubaner sei ein Schritt, um die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, sagte Barack Obama. Ab sofort hängen allerdings Tausende fest, die sich bereits auf den Weg Richtung USA gemacht hatten. Die Regierung in Havanna begrüßte die Entscheidung Obamas. Das Staatsfernsehen unterbrach sogar sein Programm. Ein Sprecher verlas eine Erklärung, in der es hieß, die bisherige Regelung habe „Anreize für die illegale Migration, Menschenhandel, irreguläre Einwanderung“ geschaffen. Die USA hätten Kubanern eine bevorzugte Behandlung geboten, die Menschen anderer Nationalitäten nicht erhalten. „Das war Anstiftung zur illegalen Ausreise aus Kuba.“

Entgegen meiner Annahme, dass der „normale Kubaner“ diese Veränderung sicherlich nicht gutheißen wird, äußern sich die Menschen auf den Straßen Havannas genau gegenteilig. Eine Kubanerin meint, „jetzt müssen wir nicht mehr unser Leben riskieren“. Und ein anderer Mann nannte die bisherige Politik einen „Angriff, der sich vor allem gegen unsere jungen Leute richtete“. Viele hätten bei dem Fluchtversuch ihr Leben verloren. Viele werden es trotzdem weiterhin riskieren und unerlaubt die US-Grenze überqueren. Laut einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen sollen ab jetzt 20.000 Kubaner pro Jahr ein Einreisevisum erhalten.

4.2 Donald Trump – Der große Unbekannte im Norden

Wie verhält sich Washington? Was Barack Obama als eine seiner letzten Amtshandlungen gemacht hat, ist oben ausführlich beschrieben. Kuba hat zwar keine Priorität, doch Donald Trump hat durchblicken lassen, dass er die politische Öffnung gegenüber Kuba, die Barack Obama eingeleitet hatte, rückgängig machen will. Mehrfach hat der Präsident die Annäherung Obamas an Kuba kritisiert. Auf der anderen Seite dürfte die Entscheidung, die Sonderbehandlung von kubanischen Einwanderern zu beenden, Trump entgegenkommen, schließlich verfolgt er eine harte Politik gegen Migranten. Man kann also sagen, dass die Zeichen in Washington auf Sturm stehen. Wenn man den Ankündigungen Donald Trumps Glauben schenken darf. Trump hat sich mit Hardlinern unter Miamis Exilkubanern umgeben. Washingtons Kubapolitik werde sich „dramatisch ändern“, hat der Kongressabgeordnete Mario Díaz-Balart kurz nach dem Tod Fidel Castros angekündigt. Trump werde das Wirtschaftsembargo verschärfen, die Reiseerleichterungen für US-Bürger zurücknehmen und auf einen Regimewechsel drängen. Er fordert einen besseren „Deal“ zwischen Kuba und den USA.

Im Februar 2017 hatte der Pressesprecher der US-Regierung, Sean Spicer, erklärt, dass Trump die gesamte Politik gegenüber Kuba einer Überprüfung

und Neueinschätzung unterziehe, wie er bereits im Wahlkampf angekündigt habe. „Der Präsident sieht sich einer Agenda verpflichtet, die Menschenrechte für alle Bürger auf der Welt zu sichern. Und bei unserer Evaluation dieser Frage in Kuba wird das die Kampflinie in den Diskussionen über unsere künftige Politik sein“, so Spicer. Demgegenüber bekräftigte der kubanische Präsident seine Bereitschaft, weiterhin den Dialog mit den USA zu führen, aber ohne die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu akzeptieren.

Im Mai 2017 kam es dann zu der ersten offenen Meinungsverschiedenheit zwischen Kuba und den USA. Anlass war eine Grußbotschaft Trumps an die Kubaner zu ihrem Unabhängigkeitstag am 20. Mai. Der US-Präsident schrieb unter anderem: „Grausamer Despotismus kann die Flamme der Freiheit in den Herzen der Kubaner nicht auslöschen und ungerechte Verfolgung kann ihre Träume nicht ändern, ihre Kinder frei von Unterdrückung zu sehen. (...) Das kubanische Volk verdient eine Regierung, die demokratische Werte, sowie wirtschaftliche, religiöse und Menschenrechte respektiert, und meine Regierung ist entschlossen, diese Vision zu gestalten.“ Darauf antwortete Raúl Castro in einer Sendung des kubanischen Fernsehens. Er bezeichnete Trumps Äußerungen als „imperiale Geißelung“. Sogar die US-Regierung selbst sei sich bewusst, „wie widersprüchlich und ungeschickt die Aussagen des zum Präsidenten gewendeten Millionär-Magnaten sowohl in Fragen der Außen- wie der Innenpolitik sind“, so Castro. Die Grußbotschaft und ihre Aussagen über politische und ökonomische Freiheiten in dem Inselstaat seien „lächerlich“, und Trump sei ein „schlecht beratener US-Präsident“.

Diese harsche Kritik an Trumps Grußbotschaft ist die erste offene Meinungsverschiedenheit, die die kubanische Regierung unter der neuen US-Präsidentschaft artikuliert hat. Auf Kritik waren in Kuba zuvor bereits Äußerungen der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, in einer Sondersitzung des Sicherheitsrates Ende April 2017 gestoßen. Sie hatte davor „gewarnt“, dass Menschenrechtsverletzungen zu größeren Konflikten führen könnten und nannte als Beispiel Syrien, wo dies einen Bürgerkrieg ausgelöst habe. Weiter sagte sie: „Die nächste internationale Krise könnte durchaus von solchen Orten kommen, in denen Menschenrechte missachtet werden. Vielleicht wird das Nordkorea oder Iran oder Kuba sein.“ Die Tageszeitung der Kommunistischen Partei Kubas, „Granma“, nannte das Verhalten der Diplomatin „unverschämt“. Die USA täten so, als seien es nicht die terroristischen Gruppen, die von Washington bewaffnet und finanziert werden, wie Al Nusra und der so genannte Islamische Staat, die die Bevölkerung Syriens massakrierten. Offensichtlich gehe es ihnen nicht um Menschenrechte, sondern allein darum, Staaten und Regie-

rungen zu bedrohen und zu bestrafen, die sich ihrer imperialistischen Politik widersetzen. Auch sei es heuchlerisch, dass die US-Regierung, die unzählige Tote weltweit und das Gefangenenlager Guantánamo sowie andere Folterlager zu verantworten habe, sich über Menschenrechtsverletzungen anderer mokiere, so die Granma.

Wenn es tatsächlich so kommt, was man bei Trump ja nie weiß, und der US-Präsident das Wirtschaftsembargo verschärft, die Reiseerleichterungen für US-Bürger zurücknimmt und auf einen Regimewechsel drängt, dann dürfte auch in Kuba die antiimperialistische Rhetorik wieder aufblühen. Havanna hat Erfahrung im Umgang mit Washington, und es ist immer auf das Schlimmste gefasst – das war eine der Lehren Fidel Castros. Er hat zehn amerikanische Präsidenten kommen und gehen sehen. Getraut hat er keinem. Die Mehrheit der Kubaner sieht Trump gelassen entgegen. Ein Mann meinte einmal zu mir: „Wir hier auf der Insel haben schon so viel durchgemacht und waren dabei ganz auf uns gestellt, jetzt wollen wir erstmal abwarten.“

In Kuba wird es mit den Parlamentswahlen 2018 zu einem Generationswechsel in der politischen Führung kommen. Doch angesichts der noch immer bestehenden US-Blockade, der neoliberalen Gegenoffensive in Lateinamerika und eines unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump steht das Land unter Zugzwang. Deshalb kamen in Havanna am 1. Juni 2017 die 614 Abgeordneten der Nationalversammlung zu einer Sondersitzung zusammen. In den zur Debatte stehenden Vorschlägen geht es um konkrete Maßnahmen für das, was die Führung als Aufbau eines „wohlhabenden und nachhaltigen Sozialismus“ bezeichnet. Die Abgeordneten müssen über die „Aktualisierung“ eines Systems abstimmen, das den Menschen zwar zum ersten Mal in ihrer Geschichte mehr soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe als irgendwo sonst in der Region gebracht hat, das jedoch nach 60 Jahren den aktuellen Anforderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung in vielen Bereichen nicht mehr genügt. Der 251 Einzelpunkte umfassende Entwicklungsplan versucht, einige der Defizite zu beheben, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten. Neben den bereits existierenden rund 500.000 kleinen Selbständigen, den „Cuentapropistas“, sollen in einer Mischwirtschaft vor allem Kooperativen ausgebaut werden. Daneben stehen die Entwicklung der Sozialsysteme, die Verbesserung der Einkommens- und Rentensituation, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen, die Förderung der Agrarwirtschaft, die Beteiligung von mehr Bürgern an politischen Prozessen und eine Veränderung der Medienlandschaft auf der Agenda. Ziel ist, die Entwicklung des Landes nicht dem Zufall, dem Markt oder dem Einfluss fremder Mächte zu überlassen, sondern sie im möglichst breiten Konsens planvoll zu gestalten.

4.3 Reaktionen der Kubaner auf Fidels Tod – Zwei Monate danach

Auch zwei Monate nach Fidel Castros Tod ist dieser, als ich Mitte Januar 2017 auf Kuba ankomme, noch allgegenwärtig. Angefangen von den für Kuba so typischen Wandbemalungen, die es statt Leuchtreklame gibt. Auf denen sieht man Fidel Castros Konterfei unterschrieben mit den Worten „Fidel Castro es el pueblo“ – Fidel Castro ist das Volk. Allan George ist einer meiner vielen Interviewpartner. Zu DDR Zeiten hat er acht Jahre in Jena gearbeitet und kann daher perfekt deutsch. „Fidel Castro wollte nie einen Menschenkult um seine Person. Mit diesem scheinbar so selbstlosen Wunsch hat er genau das aber geschaffen. Clever, oder?“, sagt Allan zynisch. In der Tat ist es ein wenig verwunderlich, wenn es doch sein Wunsch war, dass es keinen Menschenkult um ihn geben soll, warum dann das gesamte Land mit neuen Plakaten, Malereien und Sprüchen plakatiert ist. Fast kommt es einem vor, wie „Big Brother is watching you“. Dazu die Sprüche „Yo soy Fidel“ – Ich bin Fidel. Betty, eine kubanische Kunstkennerin, die für einen spanischen Galeristen arbeitet und die ich als sehr reflektiert und kritisch wahrnehme, bringt mich zum Nachdenken: „Fidel Castro ist das Volk.“ „Ich bin Fidel.“ Noch über seinen Tod hinaus, schafft es Fidel Castro dem einzelnen Kubaner, der einzelnen Kubanerin einzubläuen, dass das Volk, die Sache, das Ziel immer vorgeht. Vor dem Recht auf einen eigenen Willen, eine eigenen Existenz. Fidel Castro spricht ihnen die Souveränität ab, so sagt es Betty. Und die gleiche Frau sagt später. „Zu seinem Vater kann man ein sehr schwieriges Verhältnis haben, aber am Tag seines Todes möchtest Du nicht, dass jemand etwas Negatives über ihn sagt.“ Diese Ambivalenz, die die Kubaner gegenüber dem Mann spüren, der 47 Jahre lang die politischen Geschicke des Landes gelenkt hat, ist schwierig nachzuvollziehen. Viele haben ihm vieles zu verdanken. Betty gibt mir dieses Beispiel mit dem verstorbenen Vater als Antwort auf meine Frage, wie sie die Kunstaktion des Graffiti-Künstlers „El Sexto“ findet. Dieser hat am Tag nach Fidel Castros Tod auf die Wand des Hotels „Havana libre“ „se fue“ gesprayt – „er ist weg“. Dafür ist er verhaftet worden. Ich habe Betty gefragt, warum jemand für ein lapidares „er ist weg“ verhaftet wird. Es ist ja noch nicht mal gelogen. Und außerdem würde die kubanische Regierung mit dem Einsperren des Künstlers seiner Aktion doch noch mehr Bedeutung geben. Daraufhin kam die Antwort mit dem gestorbenen Vater. Und der Zusatz, dass die kubanische Regierung Härte zeigen will, damit „so etwas“ nicht einreißt. (Notiz am Rande: „El Sexto“ war kurz vorher aus einer zehnmonatigen Haft entlassen worden, in der er saß, weil er die Namen „Raúl“ und „Fidel“ auf zwei rosa Ferkel geschrieben hatte und sie im Parque Central loslaufen lassen wollte.

Dazu kam es erst gar nicht. Die Polizei fischte ihn vorher aus dem Verkehr. Er ist den Behörden also durchaus schon ein Dorn im Auge gewesen).

Ich denke an all die Karikaturen und Witze, die Angela Merkel täglich ertragen muss. Wenn jemand einen Tag nach ihrem Tod „sie ist weg“ an eine Hotelwand spraysen würde, niemanden würde es kümmern. Im Gegenteil: Wahrscheinlich wäre am nächsten Tag noch „und ich bin wieder allein, allein“ hinzugefügt worden – in Erinnerung an den Text der Fantastischen Vier.

Aber Kuba ist anders. So vielschichtig anders und kompliziert. Ich hatte es fast vergessen. „Ich bin aufgewachsen mit einer täglichen Rede von Fidel im Fernsehen oder Radio“, so erzählt es mir ein anderer „natürlich fand ich nicht alles gut, was er gesagt und getan hat, aber er war immer da. Und jetzt ist er weg“. Das Verhältnis der Kubaner zu Fidel ist schwierig zu greifen und zu beschreiben erst recht. Stolz? Bewunderung? Identifikation? Hassliebe? Gleichgültigkeit? Vielleicht eine Mischung von allem. Ich bin das dritte Mal in diesem Land unterwegs, dieses Mal in einem Kuba ohne Fidel. Und wahrscheinlich das letzte Mal in einem Land, das von einem Castro regiert wird.

5. Alle sprechen von der Öffnung Kubas – Ist dem wirklich so? Ein Vergleich.

5.1 2002

Als ich 2002 Kuba das erste Mal besuchte, war das im Rahmen eines Universitätsaustauschs – obwohl der Aspekt des Austauschs eher fragwürdig ist. Wir waren eine Gruppe von ca. 12 Deutschen, die Kuba für drei Wochen besuchte – den Gegenbesuch in Deutschland durften fünf Kubaner antreten. Alle mussten bei der Einreise ihren Personalausweis bei ihrem Gruppenleiter abgeben, damit sie nicht auf dumme Gedanken kamen und im Land blieben. Tatsächlich flogen aber nur vier wieder zurück. Einer ist in Hamburg untergetaucht, nur er, ein kleiner Rucksack und seine Gitarre. Jedes Mal wenn ich seitdem in Hamburg bin, bilde ich mir ein, ihn in einem der Straßenmusiker zu erkennen. Wie es ihm wohl geht?

Auf unserer Rundreise durch Kuba wurden uns kleine, gut ausgestattete Krankenhäuser gezeigt, jedes noch so kleine Dorf inmitten eines schwer zugänglichen Waldgebietes hatte eine Grundschule und eine Bibliothek. So vorbildlich wie die Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungssystem, so vorbildlich waren die – handverlesenen – Jugendlichen mit denen wir uns getroffen haben. Doch auch diese haben nach ein paar gemeinsam verbrachten Tagen, durchgetanzten Nächten und dem ein oder anderen Moji-

to erzählt, dass nicht alles so einfach, glatt und unkompliziert ist in ihrem Land, das vorgibt alle gleich zu behandeln. Essen gibt es zurzeit meistens nur Reis und Bohnen, sogar Avocado sind Mangelware, obwohl es absolute Avocado-Saison ist, von Hühnchen oder gar anderem Fleisch ganz zu schweigen. Es war schwierig für mich zu glauben, fuhren wir doch tagtäglich durch üppig grüne Landschaften, die nur so vor Kraft strotzen. Und hier soll nichts wachsen? Doch tatsächlich bekamen wir bei unseren offiziellen Empfängen, die immer groß „mit Frühstück“ angekündigt wurden, meist nur Wassermelone serviert und Kekse, die wir „Luftkekse“ taufen, weil sie aus Mehl, Wasser und Luft zu bestehen schienen. Ich sage das nicht, weil ich mich beschweren will. Nur die ganz offensichtlich nicht funktionierende Planwirtschaft stimmte mich schon damals nachdenklich. Und ich habe noch ein typisches Phänomen kennengelernt, die florierende Schattenwirtschaft, den Schwarzmarkt. Denn zu meinem 22. Geburtstag, den wir in der Sierra Maestra, in der Nähe der Commandancia von Fidel Castro und Che Guevara verbrachten, gab es auf einmal eine große Geburtstagstorte für mich mit türkischem Zuckerguss und es wurde ein riesiges Spanferkel überm Spieß gedreht. Wo hatten sie das bloß her?

Zusammengefasst kann man sagen, 2002 befand sich Kuba noch mitten in der Spezialperiode, die Fidel Castro nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ausgerufen hatte. Damals 1989 schwor der *maximo lider* die Bevölkerung auf harte Zeiten ein – und auch 2002 noch ging es Kuba schlecht, die Menschen hatten wenig zu essen, sich zu beschweren, trauten sich nur ganz wenige und jeder versuchte, einen Job im gerade begonnenen Tourismus zu ergattern. Dieser würde demjenigen den Zugang zu der begehrten Devisenwährung CUC ermöglichen, denn die nationale Währung (*moneda nacional*) also der kubanische Peso war schon damals so gut wie nichts wert.

5.2 2014

Zwölf Jahre später besuchte ich Kuba erneut – als Journalistin. Gemeinsam mit den 11 anderen Journalisten für die ich die Reise organisiert hatte, reiste ich zwei Wochen durchs Land, wobei wir mit vielen unterschiedlichen Personen aus der Politik, der Kultur, der Wirtschaft, dem Sport, der Landwirtschaft und nicht zuletzt dem Tourismus sprachen. Danach blieb ich noch auf eigene Faust sechs Wochen länger, so war es mir möglich, tiefer in Themen einzusteigen und einige Menschen viel näher kennenzulernen. Wenn ich damals gefragt wurde, ob es einen Unterschied zwischen 2002 und 2014 gibt, habe ich immer ein bisschen dramatisch geantwortet: Ja, es gibt etwas zu Essen. Und in der Tat ging es den Menschen 2014 besser.

Dafür gibt es zwei hauptsächliche Gründe. Einer sind die Wirtschaftsreformen, die 2008 Raúl Castro (Fidel Castro war 2006 schwer erkrankt und hat die politische Führung an seinen Bruder abgegeben) eingeführt hatte. Dazu gehörten vor allem, dass eine Liste von knapp 150 Berufen „entstaatlicht“ wurden und nun also von Privatpersonen ausgeübt werden konnten, dazu gehören Friseure, Floristen, Fleischer, Bäcker bis hin zum Feuerzeugauffüller und „für-wen-anderes-in-der-Schlange-Steher“. Außerdem durften die Landwirte einen Teil ihrer Ernteerzeugnisse privat verkaufen und mussten ihn nicht nur für den vorgeschriebenen Festpreis an den Staat abgeben. Das führte durch den Fleiß, die Kreativität und dem Wissen der Landwirte dazu, dass es auf einmal wieder allerhand Gemüse und Obst auf Kuba gab, das viele Jahre den vorgeschriebenen Monokulturen zum Opfer gefallen war. Statt in den staatlichen Lagerhallen zu vergammeln, weil wiederum ein Trecker kaputt war und die Ernte deswegen nicht ausgefahren werden konnte, durften das Obst und Gemüse sogar auf kleinen privaten Märkten angeboten werden. Und es war Privatpersonen seit 2008 erlaubt, ein Zimmer an Touristen zu vermieten oder in einem so genannten Paladar ein privates Restaurant zu eröffnen. Ein zweiter Grund geht mit letztgenannten einher, denn mittlerweile gehörte Kuba zu den angesagtesten Reisezielen und fast jeder Kubaner bekam irgendwie ein Stück oder mindestens einen Krümel vom großen Touristenkuchen ab.

Denjenigen, die nur auf ihr staatliches Einkommen angewiesen waren, seien es Lehrer, Ärzte oder – ganz verheerend – Rentner ging es weiterhin schlecht. Auch die Prostitution blühte weiterhin, das soll hier nicht verschwiegen werden, doch näher darauf einzugehen, würde einen eigenen Bericht darstellen.

Es schien, als würde Raúl Castro auf sein Volk hören. In einer Ansprache am Jahrestag der Revolution 2006 rief er dazu auf, Missstände öffentlich zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge einzureichen, was auch eifrig befolgt wurde. Mehr als eine Million Beschwerden trafen in den ersten zwei Jahren bei den Behörden ein. Statistisch gesehen hatte fast jeder zehnte Bürger des Landes (Kinder mitgerechnet) eine Beschwerde vorgebracht. Seitdem wurden auf Hunderten Versammlungen in einer bis dahin kaum gekannten Offenheit Probleme des Landes angesprochen – etwa wieso es zwei Währungen gibt.

Die Löhne werden im fast wertlosen Peso nacional ausgezahlt, während begehrte Waren nur gegen den an den Dollar gekoppelten Peso convertible erhältlich sind. Da das durchschnittliche Monatsgehalt eines Kubaners nur umgerechnet 20 Euro beträgt, ist fast jeder auf Zugang zu Devisen angewiesen. Beschwerden wurden auch im Hinblick auf den äußerst eingeschränkten Kommunikationsaustausch laut. Kurz darauf erlaubte der neue Staats-

chef Kommunikationstechnologien wie Computer und Handys. Unter Fidel Castro war selbst ein privater PC verboten, Handy- und Internetnutzung nur wenigen Bürgern mit einer Sondergenehmigung gestattet. Die Handynutzung musste allerdings im Prepaid-Verfahren in Devisen (Peso convertible) bezahlt werden. Das dürfte die Kubaner jedoch am wenigsten überrascht haben.

Mit der vorsichtigen Aufarbeitung der „grauen Jahre“ (Kulturminister Pavón erließ 1971 sogenannte Richtlinien, an die sich jeder Kulturschaffende zu halten hatte und an die kubanische Künstler nur mit Schrecken zurückdenken. Die restriktive Politik richtete sich gegen ausländische Einflüsse sowie gegen moralische Abweichungen: Rockmusik „westlicher Prägung“ galt ebenso als konterrevolutionär wie Homosexualität) und der Beschwerdewelle der Bevölkerung hatte seit 2008 eine Entschärfung eingesetzt, die es den Kubanern auch erlaubte, in bislang ausländischen Touristen vorbehaltenen Hotels zu wohnen.

Der Lateinamerika-Experte Bert Hoffmann sprach von „Glasnost“ auf Kuba. Und vorher verbotene kubanische Schriftsteller waren überzeugt, dass „ein Sozialismus ohne Kritik und ohne kollektive Beteiligung“ keine Perspektive mehr hat. Sie sahen keineswegs ein Ende für den Sozialismus auf der Karibikinsel, sondern vielmehr eine Chance. Es war die Rede von „einem qualitativen Wandel in der sozialen Atmosphäre“. Sie waren von der Vorstellung überzeugt, dass „Kritik und kollektive Debatten fundamental sind für das Überleben des Sozialismus“. Dass sich viele Kubaner ein langsames Reformtempo und keinen abrupten Regimewechsel wünschen, ist nicht unverständlich: Die meisten kennen kein anderes Staatsoberhaupt als Fidel Castro. Verglichen mit anderen Ländern in der Region darf man nicht vergessen, dass Kuba in den vergangenen 50 Jahren bei aller Armut zumindest politisch stabil gewesen ist. Den Unmut darüber, dass die Reformen nun aber so langsam vorangingen, konnte ich schon 2014 spüren.

5.3 2017

Anfang des Jahres 2017 war ich dann dank der Heinz-Kühn-Stiftung zum dritten Mal auf Kuba – Fidel Castro gerade kurz vorher gestorben, Barack Obama hatte ein Jahr vorher mit Raúl Castro eine Politik der Annäherung verkündet und in Washington war gerade Donald Trump als neuer Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt worden.

Auf meiner einmonatigen Reise durch das Land wurde mir schnell klar, dass Kuba schon lange kein Geheimtipp mehr ist. Weit im Voraus musste man sich die Bustickets kaufen, denn oft waren diese schon lange im Vor-

feld ausverkauft. An den großen Sehenswürdigkeiten zum Beispiel in dem Städtchen Trinidad parkten hunderte Reisebusse am Stadtrand, die Kiebere vor den Restaurants versuchten die Touristen mit Menükarten zu locken, die manchmal sogar drei oder viersprachig waren. Und die Preise für Übernachtungen gingen durch die Decke. Spaßeshalber habe ich mich nach Hotelpreisen erkundigt. (Als wir als Journalistengruppe unterwegs waren, durften wir nicht in den privaten *casas particulares* wohnen, sondern mussten in den staatlichen Hotels übernachten). Spontan und kurzfristig gab es erstens überhaupt keine Zimmer mehr und zweitens sollten Übernachtungen pro Person nicht selten zwischen 300 und 400 Euro kosten. Angesichts der Qualität der Hotels frage ich mich, wer das wirklich bezahlt. Zurück in Deutschland las ich in mehreren Artikeln, dass die Reiseveranstalter mittlerweile von Kuba abraten, weil die hohen Preise überhaupt nicht gerechtfertigt sind. Sie sind einzig und allein dem Umstand geschuldet, dass die Insel mittlerweile überlaufen ist und die Nachfrage das Angebot bestimmt. Kuba ist derzeit überfordert mit dem Touristenansturm.

Ein bisschen populistisch könnte ich sagen, dass man auf Kuba derweil beobachten kann, dass Kapitalismus tatsächlich den Charakter verderben kann. Es gab auf meiner Reise private *casas particulares*, die in den bekannten Reiseführern wie dem *lonely planet*, Stephan Loose oder Michael Müller aufgelistet sind, die mehr an ein durchorganisiertes, herzloses Hotel erinnerten und alles von ihrem familiären Charme eingebüßt hatten. Da stimmte vielleicht die zentrale Lage und auch waren die Zimmer sauber, aber darüber hinaus wurde man einfach als das behandelt, was man in erster Linie für den Besitzer war: Ein Kunde, der für jede Kleinigkeit extra bezahlen musste. Andererseits habe ich in Zimmern von Familien geschlafen, die noch ganz neu im „Geschäft“ waren, die sich so rührend, interessiert und ungläubig („Wir können Dir doch nicht ein Frühstück extra berechnen, das gehört bei uns zur Gastfreundschaft.“) um einen gekümmert haben, dass es mir fast die Tränen in die Augen trieb. Diejenigen, die verstanden haben, dass die eigentliche Währung die Bewertungen auf *booking.com*, *tripadvisor* und *co* sind, werden diejenigen sein, die diesen gerade begonnenen Kampf um den zahlenden Gast auf lange Sicht gewinnen werden.

Nicht alle, die viele Zimmer in günstiger Lage seit längerem vermieten, sind schlechte Gastgeber. Es zeigt sich jetzt gerade auf Kuba, wer unternehmerisches Geschick besitzt. Und – das ist der ausschlaggebende Aspekt – Verwandte im Ausland. Noch immer sind die im Vorteil, deren Familienmitglieder im Ausland ihnen wahlweise Devisen oder Kühlschränke, Klimaanlagen und dekorativen Krimskrams zukommen lassen können. Gleiches gilt für Restaurants. Man kann mittlerweile auf Kuba sehr gut, edel und ab-

wechslungsreich essen gehen. Gegen das nötige Kleingeld, wie es so schön heißt.

Denn Kuba kann richtig teuer sein. Und zwar nicht nur für die Touristen sondern vor allem auch für seine Bewohner. Denn wenn ein Liter Milch umgerechnet drei Euro kostet, dann tut er das nicht nur für die Touristen, sondern die Kubaner müssen die gleichen Preise bezahlen. Bei einem staatlichen Lohn, der sich nicht geändert hat von ca. 20-25 Euro im Monat. Wer also noch immer keinen Job mit Devisenzugang hat, ist mittlerweile auf der Strecke geblieben. So zum Beispiel die Rentner. Ihr Leben haben sie in den Dienst der Revolution gestellt, fünfzig Jahre in staatlichen Betrieben gearbeitet und bekommen nun eine Rente von umgerechnet acht Euro im Monat. Zur Erinnerung: Ein Liter Milch kostet drei Euro. Das erklärt die vielen alten Menschen, die an den Touristenhotspots Erdnüsse verkaufen, in der Hoffnung sich ein, zwei CUC dazuzuverdienen. Und auch die, die nur mit Fetzen bekleidet in den Gassen liegen und betteln. Auf Kuba ist schon lange keiner mehr gleich. Es gibt mittlerweile einige Menschen, die seit fast zehn Jahren Zimmer vermieten oder ein privates Restaurant betreiben, sie tragen teure Kleidung, fahren teure Autos und können, seit dem es die Reisefreiheit ihnen erlaubt, Urlaub machen außerhalb Kubas oder die Verwandten in den USA oder Kanada besuchen. Von denen möchten nur wenige das Land verlassen.

Im Gegensatz zu 2014 geht es 2017 einigen wenigen viel besser und der großen Mehrheit schlecht. Die Lebenshaltungskosten sind teuer, Geräte wie Mixer, Föhn, Drucker, gar ein eigenes neues Fahrrad oder Auto sind auf Kuba um das Vielfache teurer als in Europa, den USA oder anderen lateinamerikanischen Ländern. Die Leute sind genervt, haben keine Lust mehr zu warten, kurzum die Stimmung in der Gesellschaft ist schlecht. Eine kubanische Freundin von mir, die es durch eine Hochzeit mit einer Deutschen geschafft hat, Kuba zu verlassen, war im Winter 2016 wieder auf der Insel und war geschockt. Sie meinte, es brodelt so sehr unter der Oberfläche, dass sie Angst hatte, dass bald etwas losbricht.

5.4 Nach außen Öffnung – Nach innen verstärkte Repressionen

Einer der Hauptgründe, warum die Menschen derzeit auf Kuba so unzufrieden sind und viele von ihnen dringender als je zuvor ihr Land verlassen wollen, ist nicht nur das teure Leben und die mangelnden Möglichkeiten, sondern die Tatsache, dass sie sich mehr von der viel beschworenen Annäherungspolitik zwischen den USA und Kuba und der damit einhergehenden Öffnung Kubas versprochen haben. Die Anthropologin Katrin Hansing, die

seit fünfzehn Jahren auf Kuba forscht und einen guten Überblick über die Entwicklungen der vergangenen Jahre hat, erklärt mir, dass sogar das Gegenteil der Fall ist. „Seit dem Besuch Barack Obamas im März 2016 hat die kubanische Regierung nach innen zugemacht. Wie Eltern, deren Kind flüchtige wird und die sich nicht anders zu helfen wissen und deshalb aus Unsicherheit mit größerer Strenge und Verboten reagieren.“ Sie sei erschrocken angesichts der Entwicklungen, wir befinden uns in einer erneuten Repressionswelle, die es so schlimm seit langem nicht mehr gab. Alle kubanischen Organisationen und Institutionen, die mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten, stünden unter Generalverdacht. Und Ende 2016 wurden alle NGO's ohne triftigen Grund regelrecht des Landes verwiesen: Oxfam, Welthungerhilfe etc.. Ich bin überrascht davon nichts in den deutschen Medien gelesen zu haben.

Ein weiterer besorgniserregender Fall ist der Fall von Cubalex: Seit September 2016 werden Mitglieder des Rechtsberatungszentrums Cubalex in zunehmendem Maß eingeschüchtert. Die Nichtregierungsorganisation Cubalex bietet kostenlose Beratung in rechtlichen und menschenrechtlichen Fragen an und wird von den kubanischen Behörden nicht anerkannt.

Am 23. September 2016 durchsuchten die Behörden laut der Leiterin Laritza Diversent das Büro von Cubalex ohne Durchsuchungsbefehl, konfiszierten mehrere Laptops und Dokumente und zwangen mindestens eine Frau, sich zu entkleiden. Die Staatsanwaltschaft der Provinz Havanna setzte Cubalex darüber in Kenntnis, dass ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gegen die Organisation eingeleitet worden ist.

Seither hat die Staatsanwaltschaft laut Cubalex mindestens zwei Mitglieder der Organisation zur Befragung vorgeladen. Cubalex berichtete, dass die Befragungen, die Berichten zufolge bis zu einer Stunde und 45 Minuten dauerten, gefilmt worden waren. Dies veranlasste führende Mitglieder zu der Annahme, dass die Behörden versuchen, die Aktivitäten der Organisation zu kriminalisieren. Nach Angaben von Cubalex haben die Behörden auch Personen befragt, die sich bei der NGO informieren und beraten ließen.

Die Leiterin von Cubalex sagte außerdem, dass sie bei ihren jüngsten Reisen bereits einige Male im Flughafen aufgehalten und befragt wurde. Sie ist davon überzeugt, dass ihre Wohnung, die auch für die Aktivitäten von Cubalex dient, überwacht wird. Ein Mitglied von Cubalex, Julio Ferrer Tamayo, berichtet, dass er während der Durchsuchung der Büroräume am 23. September einer Leibesvisitation unterzogen und inhaftiert wurde. Er befindet sich weiter in Gewahrsam. Außer bei Amnesty International hat man auch von diesem Fall in den deutschen Medien nichts mitbekommen.

Obwohl ich natürlich weiß, dass Versammlungen mit mehr als 20 Personen auf Kuba verboten sind und so auch Demonstrationen, frage ich Katrin Han-

sing dennoch, was ihre Einschätzung ist, warum es zu keinerlei Protesten kommt. Immerhin haben mir einige meiner kubanischen Freunde erzählt, dass sie sich von Freunden deutsche Filme mitbringen lassen und so über die Montagsdemonstrationen gelernt haben und davon ganz beeindruckt waren. Katrin Hansing findet dafür zwei Gründe. Zuerst einmal, sagt sie, darf man nicht unterschätzen, wie tief verunsichert die Kubaner sind. In einer Gesellschaft, in der ein perfektes Bespitzelungssystem und ein gut funktionierender Sicherheitsapparat regieren, traut niemand dem anderen. Nur weil die Kubaner nach außen ein sehr fröhliches, lebensbejahendes Volk sind, heißt das nicht, dass sie einander vertrauen. Da überlegt man sich sehr genau, ob man politisch aktiv wird. Vor allem – und das ist der zweite Grund, weil das Leben auf Kuba sehr beschwerlich ist. Allein sich seinen Alltag zu organisieren, erfordert viel Energie, Kraft, Ausdauervermögen, Geduld und eine hohe Frustrationsgrenze. Ständig muss man für alles Mögliche anstehen, wird von einer Stelle zur nächsten geschickt, immer getröstet. Dazu kommt die große Enttäuschung, die viele Kubaner über die Jahre erlebt haben. Sie glauben einfach nicht mehr daran, dass sich wirklich etwas Grundlegendes ändert. Deshalb bringen die Kubaner die noch vorhandene Energie lieber auf, um Auswanderungspläne jeglicher Art zu schmieden, statt sie für politischen Protest zu vergeuden. Manche lernen Fremdsprachen wie Englisch oder Deutsch, andere suchen nach Stipendienmöglichkeiten im Ausland, wieder andere versuchen die große Liebe in einem Tourist oder einer Touristin zu finden in der Hoffnung, dass eine Heirat ihnen ein neues Leben verschafft.

6. Verschiedene Berufsgruppen: Wollen sie gehen oder bleiben?

6.1 Ärzte

Kuba ist dafür bekannt, seine gut ausgebildeten Ärzte ins Ausland zu „verleihen“, vor allem nach Venezuela, Brasilien und in afrikanische Länder. Insgesamt arbeiten über 50.000 Kubaner in 67 Ländern, die meisten davon im Gesundheitswesen. Die Einnahmen, die Kuba über den „Verkauf“ dieser ärztlichen Dienstleistungen generiert, sind höher als die aus dem Tourismusbereich. Ohne diesen Mediziner-Export, eine Art Ver-Leasen von Ärzten, wäre Kubas Wirtschaft schon längst zusammengebrochen. Doch die Ärzte bekommen im Ausland Knebelverträge. Sie arbeiten in den abgelegensten Gegenden, wo zum Beispiel kein brasilianischer Arzt mehr hin möchte. Und doch bekommen sie dafür nur ein Drittel von dem Gehalt, das die brasilianische Regierung an den kubanischen Staat zahlt. Und von diesem Drittel

bekommen sie den größten Teil erst dann ausgezahlt, wenn sie wieder zurück in Kuba sind. Ein anderes Beispiel ist die Ebola-Epidemie in Westafrika: Es waren viele kubanische Ärzte, die in Afrika in der sogenannten „roten Zone“ arbeiten mussten. Paradoxe Weise führt diese „Mediziner-Land-Verschickung“ mittlerweile zu einem großen Ärztemangel auf Kuba: Weil tausende Ärzte in die Welt „vermietet“ werden, muss sich die Karibikinsel mittlerweile Sorgen um ihren guten Ruf im Gesundheitswesen machen (Viele Ausländer kommen extra nach Kuba, um sich dort Operationen zu unterziehen, die sie sich in ihren Heimatländern nicht leisten können.). Die kubanischen Ärzte aber sind sich immer mehr ihrer ausgezeichneten Fähigkeiten und ihrer besonderen Position bewusst.

Das Programm, mit dem die brasilianische Regierung das marode Gesundheitssystem sanieren möchte, heißt zum Beispiel „Mais Medicos“, „mehr Ärzte“. Mehr als 11.000 kubanische Ärzte wurden dafür ins Land geholt. Etwa dreitausend Euro verdienen sie, aber nur auf dem Papier. Denn zwei Drittel des Lohnes wird direkt an die Regierung nach Havanna überwiesen. Eine moderne Art des Menschenhandels nennen Gewerkschaften dies. Denis ist ein Arzt, der sich traut, mit mir darüber zu sprechen. „Eigentlich sollte unsere Regierung uns selbst entscheiden lassen, ob wir aus eigenem Willen einen Teil unseres Lohnes nach Kuba senden wollen, um unserem Land zu helfen.“

„Sklaverei“ sei das, was Kuba und Brasilien mit den kubanischen Medizinern betreibe. So harsch formuliert das der brasilianische Ärzteverband. Per Gerichtsbeschluss wollten sie das Regierungsprogramm stoppen lassen, aber alle Klagen wurden bislang abgewiesen. Die brasilianische Ärztegewerkschaft AMB sagt dazu: „Wir können auch nicht akzeptieren, dass Leute aus dem Ausland, vor allem Kubaner, herkommen, die nicht unsere Sprache beherrschen. Wir wissen nicht, welche Ausbildung sie hatten. Hier machen sie einen 15 Tage Sprachkurs und außerdem ein Fernstudium, um in das brasilianische Gesundheitssystem eingewiesen zu werden. Aber einige dieser Fächer werden nicht einmal von Ärzten betreut.“ Solche Proteste interessieren die Gemeinden, die durch die kubanischen Ärzte zumindest eine Grundversorgung erlangt haben, ganz und gar nicht.

Die Frage, ob kubanische Ärzte lieber auf Kuba bleiben oder gehen wollen, kann ich insofern beantworten, als das alle Ärzte mit denen ich bei meinen vergangenen Kubaaufenthalten Kontakt hatte, sich mittlerweile ins Ausland abgesetzt haben. Das heißt, sie sind von einer ihrer Missionen einfach nicht zurückgekommen. Viele handeln während einer Mission einen Deal aus mit dem dortigen Krankenhaus oder einer privaten Praxis, sprechen während eines Heimaturlaubs mit ihrer Familie über die Details (meistens beantragen die Zurückgebliebenen dann ein einfaches Reisevisum bei

dem Land, in dem der Partner als Arzt arbeitet, wenn sie es bekommen, sparen alle gemeinsam auf Flugtickets) und versuchen sich dann im Ausland eine neue Existenz aufzubauen.

Barbara Alvarez, eigentlich Professorin für Geschichte, die nun in einer casa particular putzt, um über die Runden zu kommen und die ich für sehr gebildet halte, erklärte mir wütend. „Ja, wir hatten mal eines der besten Gesundheitssysteme, aber mittlerweile ist es so, dass unsere besten Ärzte im Ausland arbeiten.“ Aus diesem Grund will sich Eddy Socorro, kubanischer Theaterregisseur, der viele Jahre in Deutschland gearbeitet hat, aber nun wieder nach Kuba zurückgekehrt ist und unter schlimmstem Nierenversagen leidet und daher dreimal die Woche zur Dialyse muss, nicht einer Nierentransplantation unterziehen, weil er den auf Kuba gebliebenen Ärzten nicht mehr vertraut. Barbara wettet weiter: „Ja, meine Gesundheitsversorgung ist zwar umsonst, aber was bringt sie mir, wenn ich ins Krankenhaus komme und es heißt ‚tut mir leid, das Mammographiegerät ist kaputt, das EKG-Gerät ist kaputt, der Ultraschall funktioniert nicht mehr und der Chirurg ist erst nächste Woche wieder da.‘“

Anfang Februar 2017 veröffentlicht das kubanische Gesundheitsministerium eine Stellungnahme, in der legal oder illegal ausgewanderten Ärzten die Rückkehr nach Kuba und eine Stelle im Gesundheitswesen angeboten wird. Angesichts des Endes der gezielten Abwerbung von Ärzten „erneuert das Ministerium seine Bereitschaft, Fachkräften, die ihre Stellen in Missionen im Ausland aufgegeben haben, nach Kuba zurückzukehren und sich wieder ins nationale Gesundheitswesen einzugliedern“, heißt es in dem Statement.

Die Stellungnahme wurde am 3. Februar 2017 in den überregionalen Tageszeitungen und anderen Medien veröffentlicht. Das kubanische Gesundheitsministerium biete den abgewanderten Fachkräften bereits seit 2014 diese Möglichkeit. Angesichts der „aktuellen Umstände“ wurde die Bereitschaft zur Wiederaufnahme jedoch abermals bekräftigt.

Hintergrund ist, wie weiter oben schon einmal erläutert, dass Barack Obama Mitte Januar die seit Jahrzehnten bestehende „wet-feet-dry-feet“-Politik beendete, wonach Kubanern, die das Territorium der USA erreichen, nach einem Jahr automatisch die US-Staatsbürgerschaft zugestanden wird. Kuba verurteilte die Politik als einseitige Diskriminierung und Motivation für illegale und gefährliche Migrationsbewegungen. Jedes Jahr ertrinken hunderte kubanische Auswanderer in der Floridastraße, weil sie versuchen über den Seeweg in die USA zu gelangen.

Ebenfalls von Obama beendet wurde das seit 2006 bestehende „Parole Program“, mit dem gezielt Ärzte abgeworben wurden, die in kubanischen Missionen im Ausland aktiv sind.

Weiterhin besteht bei einigen Kubanern der Wunsch Medizin zu studieren, weil sie wissen, dass kubanische Ärzte international einen sehr guten Ruf genießen. Wenn sie es schaffen, zusätzlich noch gut Englisch, Französisch oder Deutsch zu lernen, dann hoffen sie so auf eine legale Möglichkeit ihrem Land den Rücken zu kehren. Doch manchmal kommt auch etwas „anderes“ dazwischen, wie bei Ivet. Sie ist Anfang zwanzig und hat ein fertiges Medizinstudium als sie sich in einen Reisenden aus der Schweiz verliebt. Er ist Webdesigner und hilft Ivet, die mit ihrer Mutter und ihrem Stiefvater in einer dieser alten wunderschönen Villen im Stadtteil Vedado in Havanna wohnt. Touristen lieben diesen Teil der Hauptstadt und Reno hilft Ivet mit einer schicken Webseite, Visitenkarten und Bargeld. Damit können sie zwei Zimmer und Bäder renovieren, so dass Ivet und ihre Familie von nun an auch zu den Glücklichen gehören, die mit der Vermietung von Zimmern Geld verdienen können. Ivet kümmert sich jetzt also mit einem abgeschlossenen Medizinstudium darum, dass die Zimmervermietung gut anläuft, kümmert sich rührend um ihre Gäste, natürlich spricht sie gut Englisch. Bald wird sie Reno in die Schweiz folgen, er hat um ihre Hand angehalten. Dann wird sie erstmal damit beschäftigt sein, Schweizerdeutsch zu lernen und die Kultur zu verstehen. Reno wird tagsüber im Büro sein und Ivet alleine zu Hause. Und da ist keine Mutter, mit der man ab und an mal einen Schnack halten kann, keine Villa, um die man sich kümmern kann. Keine Freunde, die man unten auf der Straße trifft. Freundinnen, die man seit der Kindheit kennt. Keine kubanische Großfamilie, die jedes Wochenende zu Besuch kommt und man sitzt bei einfachem Reis und Bohnen um einen großen Tisch und tauscht Gedanken aus. Keine kubanische Sonne, die sieben Tage die Woche, 365 Tage im Jahr scheint. Kein Krankenhaus, keine Arztpraxis, die ihr kubanisches Medizinstudium anerkennt.

Und das ist ein „Lebenslauf“, den ich so oder so ähnlich von vielen jungen Kubanern und Kubanerinnen gehört habe. Ich freue mich für sie, weil sie es erzählen als wäre es der Sechser im Lotto und wünsche ihnen von Herzen, dass es alles so funktioniert, wie sie sich das vorstellen und sie zusammen in der neuen Heimat glücklich werden. Und gleichzeitig mache ich mir Sorgen, weil ich viele Probleme und Momente der Einsamkeit und des Kulturschocks sehe. In diesem Dilemma stecken derzeit viele junge Menschen auf Kuba. Bleiben sie und hoffen weiter auf Verbesserung und eine Chance ihr Potential zu beweisen oder versuchen sie ihr Glück in der Ferne zu finden?

6.2 Lehrer

Natürlich sind Menschen wie Barbara Alvarez frustriert. Sie ist studierte Professorin und kann von den umgerechnet 20 Euro im Monat natürlich nicht leben. Man sieht ihr ihr schwieriges Leben an. Sie ist Mitte vierzig, ich hätte sie aber auf Mitte fünfzig geschätzt. Weil der Job als Putzfrau in einer casa particular körperlich so anstrengend ist und zudem noch am anderen Ende der Stadt liegt, zu dem sie mit den öffentlichen Bussen auch mal zwei Stunden braucht, wenn er denn kommt, versucht sie sich mittlerweile mit Haarschneiden und Maniküre etwas dazuzuverdienen. Ihre einzige Tochter ist ihr ganzer Stolz. Sie hat Medizin studiert und sich nebenbei Englisch, Französisch und Deutsch selber beigebracht. Claudia verliebt sich in eine deutsche Austauschstudentin. Ihr deutscher Freundeskreis legt zusammen und kauft Claudia ein Flugticket nach Deutschland, dort heiratet sie, kommt nach Kuba zurück und bereitet dort alles für ihre Auswanderung nach Deutschland vor – vor allem ihre Mutter.

Barbara bricht es das Herz, Claudia gehen zu sehen, aber sie wünscht sich für ihre talentierte Tochter natürlich eine bessere Zukunft als ihr Heimatland ihr anbieten kann. Jetzt wohnt Barbara alleine in ihrer Plattenbauwohnung, verlässt das Haus nur selten, weil ihr die Welt da draußen zu ruppig und oberflächlich geworden ist. Claudia verdient zwar selber noch nicht richtig viel Geld – die Eltern ihrer Frau unterstützen sie monatlich – nur so kann es Claudia sich leisten, nochmal in Deutschland Medizin zu studieren, denn das kubanische Medizinstudium wurde nur teilweise anerkannt. Nach der Uni geht sie babysitten, das Geld, was sie dabei verdient, schickt sie an ihre Mutter nach Havanna. Die schämt sich, als sie mir erzählt, dass sie ohne das mühsam verdiente Geld ihrer Tochter nicht überleben könnte.

Barbara nimmt sich das Schicksal ihres Landes sehr zu Herzen. Sie war einmal von der Revolution überzeugt, sie gehört zu denjenigen, die ihre besten Jahre der „Sache“ der Revolution geopfert hat. „Die Revolution ist gescheitert und nun müssen Reformen kommen, echte Reformen und das schnell.“

Barbara ist besorgt um das sinkende Bildungsniveau in ihrem Land. Die jungen Leute heute wollen doch gar nicht mehr studieren, alle wollen möglichst schnell „cuenta propista“ werden, schnell, viel Geld verdienen, sich etwas leisten können. „Bildung ist doch heute nichts mehr wert.“ Ihre Tochter ist das beste Beispiel. Eine Frau, Mitte zwanzig, Medizinerin, spricht vier Sprachen, in anderen Ländern wäre sie ein Fall für einen Headhunter, der kubanische Staat hingegen hat ihr nichts zu bieten. Im Gegenteil. Da das Studieren auf Kuba umsonst ist, müssen die Absolventen danach drei Jahre für den Staat umsonst arbeiten. Oft haben diese Jobs nichts mit dem vorher-

rigen Studium zu tun. Wie bei Susell, die mit Mitte zwanzig ein abgeschlossenes Psychologiestudium vorweisen kann. Ihren „servicio civil“ muss sie im Verkehrsministerium absolvieren. Genauer gesagt: Sie muss Sehtests mit Kraftfahrern ausüben. Drei Jahre lang „was sehen Sie hier?“ – „großes E, kleines B.“ Wie sehr kann man junge Menschen frustrieren und desillusionieren, die eigentlich mit einem abgeschlossenen Studium in der Tasche durchstarten wollen?

Das Lehrergehalt reicht kaum zum Überleben. Weitere Symptome des Wandels in Kubas Bildungslandschaft formuliert Mariacarla, die 67-jährige Übersetzerin und ehemalige Englischlehrerin so: „Auf der einen Seite stellen Eltern Nachhilfelehrer an, weil ihnen das Schulniveau zu niedrig ist; auf der anderen Lehrer, die nebenbei arbeiten müssen, weil sie von ihrem Lohn nicht überleben können.“ „Das Bildungssystem befindet sich in der Krise. Es fehlt an jungen qualifizierten Lehrern und an moderner Ausstattung in den Schulen“, ergänzt Mariacarla.

Das macht sich allorts bemerkbar. Ende 2008 appellierte Staatschef Raúl Castro an die erfahrenen Pädagogen der Insel noch ein paar Jahre dranzuhängen. Er lockte die Pädagogen mit einem Lehrergehalt zusätzlich zur Pension. Das sorgt für etwas Entspannung im unterbesetzten Bildungssystem des Landes, denn generell fehlt es an Personal, weil sich nur wenige Studenten entschließen können, Pädagogik zu studieren. Warum?

Weil ein gut ausgebildeter Germanistiklehrer mit gut 800 Peso nacional zwar eher zu den Besserverdienenden gehört, aber von dem Geld nicht würdevoll leben kann. 800 Peso nacional entsprechen rund 35 Euro, und viele lebensnotwendige Produkte wie Mehl, Milchpulver oder Speiseöl sind nur im Devisenshop erhältlich, wo mit dem Peso convertible bezahlt werden muss.

„Der Lehrerberuf ist heute ähnlich attraktiv wie der des Zuckerrohrschniters vor der Kubanischen Revolution von 1959“, sagt mir Barbara. Viele Lehrer arbeiten nebenbei als Eisverkäufer, Touristenguide oder halt als Putzfrau in einer casa particular.

Auch die Qualität der Hochschulen sinkt. Das hat sich längst auch an der Spitze der Bildungspyramide bemerkbar gemacht – an den Universitäten. Im lateinamerikanischen Hochschulranking taucht die Universität von Havanna erst auf Rang 91 auf, und eine medizinische Fakultät aus Kuba hat es erst gar nicht ins Ranking von 2014 geschafft. Dies ist ein Alarmsignal für ein Land, das medizinische Fachkräfte im Ausland anbietet und damit Devisen generiert.

6.3 Journalisten

Wie kommen Kubaner an Informationen? Sich als Kubaner ausführlich und vor allem objektiv informieren zu können, ist zwar mit der Einführung des Internets auf Kuba besser geworden, aber es ist noch immer eine große Herausforderung.

2013 wurde der Internetzugang für Kubaner liberalisiert. Bisher haben jedoch weniger als vier Prozent der privaten Haushalte auf Kuba einen eigenen Internetanschluss. So bietet für die meisten der elf Millionen Kubaner nur ein öffentlicher WLAN-Hotspot oder die Lobby eines Hotels Zugang ins weltweite Netz.

Die Geschwindigkeit ist verlangsamt und bestimmte Webseiten werden blockiert, so dass der Internetzugang noch stark eingeschränkt ist. Zudem ist Surfen in Kuba sehr teuer: Eine Stunde kostet umgerechnet rund einen Euro fünfzig. In Kuba liegt das monatliche Durchschnittseinkommen bei 18 bis 25 Euro.

Online zu recherchieren, ist in erster Linie immer noch sehr teuer. Und das funktioniert so. Man kauft sich von Etecsa, dem staatlichen Kommunikationsunternehmen eine scheckkartengroße Karte, auf der eine lange Nummer steht. Mit dieser Nummer sucht man einen der öffentlichen Wlan-Spots auf, meistens sind es kleine Parks und wählt sich mit dieser zwölfstelligen Nummer ins Internet ein – und hofft darauf, dass es funktioniert. Ein modernes Smartphone ist dafür natürlich eine zwingende Voraussetzung – auch eine Kostenfrage. Möchte man das World Wide Web besuchen, kostet dies 1,50 Euro pro Stunde, reicht einem das kubanische Internet, ein Art riesiges Intranet, ist es billiger. So kann man sich theoretisch auf Seiten wie Wikipedia oder ausländischen Zeitungen informieren. Das tun sicherlich auch einige engagierte Studenten, die sich vorgenommen haben, ihre Bildung selber ein Stückchen voranzutreiben, um so einen Weg aus ihrem Land zu finden. Die Mehrheit der Kubaner nutzt das Internet allerdings, um mit ihrem Liebsten und ihren Verwandten im Ausland in Kontakt zu bleiben. So ist es ein typisches Bild auf Kuba, dass in kleinen Wlan-Parks junge Menschen im Schatten der Bäume mit einem Headset versehen auf ihr Handy schauen, aus denen ihnen der sehnsüchtig Vermisste, über Skype, Facetime oder Imo zugeschaltet ist.

Unabhängige Medien sind in Kuba noch immer nicht zugelassen, Pressefreiheit ist nicht gegeben. Die kubanische Regierung hält das Medienmonopol, Staatsmedien dienen der Propaganda und private Radio- und Fernsehsender sind verboten.

Über das staatliche Fernsehen oder die staatlichen Zeitungen, wie die Granma oder juventud rebelde wird gescherzt, dass sie eher ein Geschichts-

buch sind, denn fast jeder Artikel, egal welches Thema behandelt wird, beginnt mit den Worten: „Fidel Castro hätte dazu folgendes gesagt“, oder: „Wie Fidel Castro im Jahr 1972 mit folgenden Worten erklärte.“

Möchte man kritische Meinungen zur kubanischen Regierung lesen, ist die Informationsquelle der Wahl die Webseite der ersten kubanischen Bloggerin Yoani Sánchez „14 y medio“. International bekannt wurde die kubanische Journalistin Yoani Sánchez durch ihren regierungskritischen Blog „Generacion Y“. In diesem Blog, der in 20 Sprachen erscheint, berichtet sie über den schwierigen Alltag in Kuba. Auf der Insel wurde ihr Blog rund drei Jahre von den kubanischen Behörden blockiert. Mittlerweile kann er auch wieder in Kuba gelesen werden.

Für ihre journalistische Arbeit erhielt Yoani Sánchez internationale Preise, beispielsweise den renommierten spanischen Journalistenpreis „Ortega y Gasset“. Doch die kubanischen Behörden verweigerten ihr mehrfach die Ausreise und damit die Entgegennahme der Preise. Erst als 2013 das neue kubanische Reisegesetz in Kraft trat, welches die Ein- und Ausreise für Kubaner erleichtert, konnte Yoani Sánchez eine mehrmonatige Auslandsreise unternehmen.

Seit 2014 erscheint ihre Online-Zeitung „14 y medio“, Kubas erste regierungsunabhängige Zeitung nach der Revolution. Inhalt sind Nachrichten, kritische Kolumnen und Berichte über den Alltag auf der Insel. Doch daran zu kommen, ist schwierig. Ihre Webseite ist zensiert, doch in so genannten „paketes“ werden Datenpakete auf dem Schwarzmarkt gehandelt.

Eine kurze persönliche Einschätzung von mir zu Yoani Sánchez: Als die junge Frau Mitte der neunziger Jahre anfang unter den widrigsten Umständen auf ihrem Blog „Generacion Y“ ihren Alltag auf der karibischen Insel zu beschreiben, habe ich diesen interessiert verfolgt. Die vielen Grautöne und die einfache Schilderung ihres täglichen (Über)lebens war etwas Besonderes – und eine ernstzunehmende Ergänzung zu den anderen Quellen, die aus Kuba berichteten. Mit der Zeit – und vor allem nachdem sie die Möglichkeit hatte in die USA zu reisen – sind ihre Berichte aus Kuba sehr viel vereinfachter geworden, mittlerweile ist alles schlecht und sie haut einfach nur noch drauf. So ist es viel erwartbarer und langweiliger geworden ihre Schilderungen zu verfolgen, mir fehlen die Grautöne, die ihre Erzählungen so spannend gemacht haben. Es gibt viele, die vermuten, dass sie bei ihrem Besuch der exilkubanischen Kreise in Miami von den USA „gekauft“ wurde, um schlecht über Kuba zu schreiben. Dazu sagt die Anthropologin Katrin Hansing, „Man kann sich nicht vorstellen, was für eine Atmosphäre unter den Exilkubanern in Miami herrscht, alles, was aus Kuba kommt, wird verteufelt und wer gegenteiliges behauptet, wird so niedergemacht, dass sogar ich, die ich keine Kubanerin bin, mich so unwohl und unter Druck ge-

fühlt habe. Wie soll es da jemandem wie Yoani Sánchez ergehen?“ Katrin Hansing fügt hinzu, dass sie mittlerweile nicht mehr viel Positives aus Kuba berichten kann, im Gegensatz zu früher, indem sie die Fahnen hoch gehalten hat für z.B. das Gesundheits- und Bildungssystem. Sie sage jetzt immer, „Das einzige Gute an Kuba sind die Kubaner.“

Doch das Internet verändert allmählich die Medienlandschaft. Im Netz entstehen zahlreiche Blogs und Medienprojekte, die vom kubanischen Staat toleriert werden. Junge Journalisten gründen unabhängige Online-Portale, die über den Alltag der Kubaner und auch kritisch über die Regierung berichten.

„Periodismo de Barrio“ heißt eines dieser neuen Online-Magazine, was so viel bedeutet wie „Stadtteil-Journalismus“. Junge Journalisten berichten vom Leben in den Quartieren und vom gesellschaftlichen Umbruch in Kuba. Elaine Díaz, die das Portal leitet, fordert eine unabhängige Presse, die den Dialog zwischen der Staatsführung, Vertretern der Wirtschaft und den Kubanern begleitet. Sie versucht über das zu berichten, was die kubanischen Staatsmedien nicht für berichtenswert halten. Dabei wird ihr das Leben schwer gemacht. So wollte sie zum Beispiel aus der Provinz Guantánamo berichten, in der der Hurrikan Matthew im Oktober 2016 schlimm gewütet hatte. Als Polizisten herausfanden, dass sie mit der normalen Bevölkerung über ihre Schicksale sprach, wurde sie aus der Provinz ausgewiesen. Nachvollziehbar ist das aus Sicht einer deutschen Journalistin natürlich nicht, vor allem, weil die kubanische Regierung in diesem Fall eigentlich nur wenig Kritik aus der Bevölkerung befürchten muss, denn sie haben sich schnell um die Hurrikanopfer gekümmert. Aber die kubanischen Behörden geben nicht freiwillig die Kontrolle aus der Hand.

„El Estornudo“ ist ein weiteres unabhängiges Online-Portal. Herausgeber Abraham Jiménez will mit einer unabhängigen Berichterstattung den Wandel gestalten und die Insel nicht denen überlassen, die am liebsten alles beim Alten belassen würden. Dass der kubanische Staat die unabhängigen Online-Magazine zulässt, ist für Abraham Jiménez ein Zeichen dafür, dass sich in Kuba etwas zu verändern beginnt. „El Estornudo“ beschreibt sich als „Revista independiente de periodismo narrativo, hecha desde dentro de Cuba, desde fuera de Cuba y, de paso, sobre Cuba“ – ein „unabhängiges Magazin mit erzählendem Journalismus. Gemacht wird es in Kuba, außerhalb von Kuba und über Kuba.“ Die Webseite ist modern, die Artikel interessant, aber man braucht auch hierfür mindestens ein gutes Smartphone oder Tablet und regelmäßige gute Internetverbindungen. Nur wer sich das leisten kann, kann diese Informationsquelle konsumieren.

Ähnliche Schikane wie Elaine Díaz muss auch Lenier Gonzalez mit seinem Magazin „Cuba Posible“ über sich ergehen lassen. Dabei gehört er zu

den führenden Denkern der Nation und viele bezeichnen sein Konglomerat aus Magazin, Workshops, Seminaren sogar als einen Think Tank, in dem sich Gedanken über die Zukunft Kubas gemacht werden. Lenier Gonzalez ist unter anderem deswegen ein respektierter Intellektueller, weil er es wie kein anderer schafft, alle Gruppierungen an einen „Runden Tisch“ zu bringen. Er schließt keine Partei von den Gesprächen aus, wortwörtlich. Denn er lädt auch Vertreter der Kommunistischen Partei ein, sich gemeinsam mit Oppositionellen, Umweltschützern, Künstlern, Vertretern der LGBT-Community etc. über den status quo Kubas und eine mögliche Zukunft zu unterhalten.

Lenier Gonzalez ist eine Atmosphäre des gegenseitigen Austauschs sehr wichtig. Karin Hansing bewertet das „als für Kuba einzigartig. In dieser Kultur des Misstrauens gibt es nur gegenseitige Vorwürfe, aber keine konstruktive Diskussionskultur. Lenier Gonzalez schlägt eine ganz neue Richtung ein.“

Doch auch ihm wurde das Leben in den letzten Monaten ein bisschen schwerer gemacht. Ihm wurden die Büroräume für „Cuba Posible“ unter fadenscheinigen Begründungen entzogen, genauso wie seine Telefonanlage. Ein weiteres Indiz für die Nervosität der kubanischen Regierung und die derzeitige Repressionswelle.

6.4 Künstler

Künstler gehören auf Kuba zu einer privilegierten Gruppe von Intellektuellen. Sie genießen auf der Insel schon lange Sonderrechte. Seit Mitte der 90er dürfen sie ins Ausland reisen und Ausstellungen machen. Anders als im DDR-Sozialismus dürfen die kubanischen Künstler ihre Honorare behalten und müssen lediglich Steuern an den Staat abführen. Viele Künstler wohnen daher in großen Villen, fahren dicke Autos und tragen teure Uhren. Trotzdem bekommen auch sie die ewige Mangelwirtschaft der Castro-Diktatur zu spüren. Für die Künstler gab es so gut wie kein Material. Deshalb haben viele angefangen, Collagen aus den Dingen zu schaffen, die sie auf der Straße finden.“ Und das kommt in der weltweiten Kunstszene gut an. Die auf-tauenden Beziehungen „werden große Auswirkungen haben, weil Kuba ein begrenzter Markt war, im Hinblick darauf, wer die Kunst zu sehen bekam“, sagt Alberto Magnan, Mitbesitzer einer Galerie im New Yorker Stadtteil Manhattan. „Diese Anzahl wird jetzt riesig werden.“ Schnell begeben sich vor allem US-amerikanische Sammler und Galeristen auf einen kurzen Trip nach Kuba, um sich noch schnell ein paar Werke zu sichern, bevor sich, wie mir jemand gesagt hat „die hungrigen Massen“ über das Land hermachen.

Trotz des mehr als 50 Jahre währenden Kuba-Embargos war es für Amerikaner möglich, legal kubanische Kunst zu erwerben. Denn die Werke wurden als Kulturgüter deklariert.

„Es gibt ein gewaltiges Volumen an Talent“, sagt Alberto Magnan weiter. „Selbst wenn Castro sonst nichts gemacht hat, so hat er doch die Künstler, Sportler und Tänzer geschützt. Sie leben auf Kuba besser als andere dort.“

Diese Gemengelage hat mich schon bei meinem letzten Besuch sehr interessiert. Auf der einen Seite fand ich es interessant, dass Fidel Castro den Künstlern in seinem Land solche Freiheiten gewährt, auf der anderen habe ich nicht richtig verstanden, wie er dulden kann, dass eine Gruppe immer reicher und wohlhabender wird. Dazu kamen diverse Begegnungen mit kubanischen Künstlern auf der einen Seite und US-amerikanischen Kunstbegeisterten auf der anderen Seite. Und ein erhellendes Gespräch mit der Anthropologin Katrin Hansing, die mir erzählte, dass auch sie diese Machenschaften in der Kunst zuerst unübersichtlich fand. Bis sie eines Tages – Ende der neunziger Jahre – auf Kuba auf einer Privatparty eingeladen war von einem vermeintlich regimekritischen Künstler. Und auf einmal landete ein privates Flugzeug eines New Yorkers in der Nähe, um für Millionensummen Gemälde dieses Künstlers zu kaufen. Und das absurdeste: All das fand vor den Augen des Kulturministers statt, der nämlich auch auf dieser Party war. In diesem Moment wurde ihr klar, dass es alles genauso geduldet und sogar gewünscht ist. Fidel Castro erlaubt vermeintlichen regimekritischen Künstlern ihre Kunst für horrenden Summen zu verkaufen und bringt damit Devisen ins Land. Und am Ende sind alle Beteiligten glücklich: Der New Yorker Jetset, weil es schick ist, Kunst eines „kubanischen Dissidenten“ im Wohnzimmer hängen zu haben, der Künstler, weil er jede Menge Geld verdient hat und die kubanische Regierung, weil sie Einnahmen generiert hat und dazu noch das Gefühl vermitteln kann als sei das mit der Zensur auf Kuba alles nicht so schlimm, sonst dürften doch regimekritische Künstler ihre Kunst nicht verkaufen, oder? Katrin Hansing spricht von einem fein arrangierten Tangotanz zwischen Staat, Künstler und Kunde.

Doch wie regimekritisch ist ein Künstler wirklich, der vom Staat quasi für dessen Interessen vermarktet wird? Gar nicht. Er bietet dem Kunden das, was dieser gut findet. Touristenführer haben zum Beispiel Verträge mit bestimmten Künstlern und bekommen Margen, wenn sie ihre Touristen dorthin führen und die Kunstwerke erwerben. Wirklich kritische Künstler wohnen halb verarmt in irgendwelchen Hinterhöfen, hierher wird kein Tourist geführt. Keine Galerie würde sie jemals ausstellen. Zum Glück gibt es Sandra Ceballos, eine mutige Frau, selber Künstlerin, die die einzige unabhängige Galerie Kubas betreibt, den Espacio Aglutinador, und das schon seit über zwanzig Jahren.

6.4.1 Grafittikünstler „El Sexto“

Als es um die Reaktionen der Kubaner auf den Tod Fidel Castros ging, habe ich schon kurz den kubanischen Künstler Danilo Maldonado angesprochen. Er nutzte Fidel Castros Tod Ende 2016 für einen politischen Protest – und wurde weggesperrt. In den Tagen nach dem Tod Fidel Castros hielten sich die meisten Kubaner, auch viele Castro-Gegner, an das Trauerprotokoll. Aber eben nicht alle.

Danilo Maldonado Machado ging in jener Novembernacht, als die Todesnachricht die Runde machte, zum Hotel Habana Libre, wo Castro einst sein erstes Büro als Revolutionsführer bezogen hatte. Mit einer Sprühdose schrieb er an eine Außenwand des Hotels jene fünf Buchstaben, die ihn fast zwei Monate lang ins Gefängnis brachten: „Se fue“, er ist gegangen.

Maldonado, 33, ist ein international bekannter Aktionskünstler, der sich auch „El Sexto“ nennt. Am Ende seiner Performance am Habana Libre blickte er lächelnd in seine Handykamera und sagte: „Ich sehe Panik in euren Gesichtern.“ Noch in derselben Nacht wurde er in seiner Wohnung verhaftet und in ein Hochsicherheitsgefängnis bei Havanna gebracht. Ohne Prozess. Erst am Wochenende kam er wieder frei, offenbar auf wachsenden Druck von Organisationen wie Human Rights Watch oder Amnesty International.

Fidel Castros Bruder und Nachfolger Raúl hatte im vergangenen Jahr in Anwesenheit von Barack Obama behauptet, es gebe keine politischen Gefangenen auf Kuba. Nach seiner Logik gehörte auch El Sexto nie dazu. Dessen Mutter sagte, man habe ihren Sohn wegen „Beschädigung von Staatseigentum“ inhaftiert. Sein Kunstwerk an der Hotelmauer wurde für ein paar Pesos wieder übermalt, aber aus Sicht des kubanischen Überwachungsstaates gilt er als Wiederholungstäter.

Ende 2014 war er von Polizisten bei einer Taxifahrt gestoppt worden. Er hatte zwei Ferkel dabei, die er mit den Namen Fidel und Raúl besprüht hatte. Damals wurde er wegen „Missachtung der Autoritäten“ zehn Monate lang eingesperrt und erst nach einem Hungerstreik wieder freigelassen. Für diese Aktion erhielt er 2015 den „Vaclav Havel Prize for Creative Dissent“. Die Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) erklärte ihn zu ihrem „politischen Patenkind“.

Maldonado hat die Statur eines Basketballers und ist tätowiert wie ein Metal-Schlagzeuger. Ein Rebell aus dem Bilderbuch. Er studierte unter anderem in Miami und pflegt enge Verbindungen zur kubanischen Exilgemeinde in Florida. Auch deshalb ist er unter seinen Landsleuten umstritten. Viele kritisieren, es gehe ihm weniger um Kunst als um gezielte Provokationen zur Selbstvermarktung. Er selbst bestreitet das gar nicht. Das um ein

weltoffeneres Image bemühte Castro-Regime tut ihm möglicherweise sogar einen Gefallen, wenn es auf fünf Buchstaben, die nicht einmal gelogen sind, mit den alten diktatorischen Methoden reagiert. Aus Sicht von Maldonado ist das der eigentliche Teil seiner Performance. Ein Treffen zwischen El Sexto und mir konnte aus Sicherheitsgründen auf Kuba leider nicht stattfinden, umso mehr freue ich mich ihn im Juni 2017 in Deutschland interviewen zu können.

6.4.2 Künstler Kcho

Das Kulturzentrum „Estudio Romerillo“ liegt im Westen von Havanna, im Stadtteil Playa. Mehrere kastenartige Gebäude sind durch einen Innenhof miteinander verbunden. Ausstellungsräume gibt es hier, ein Theater, eine kleine Bibliothek. Aber die Leute, die hier unter einem Segeldach auf Holzbänken und Korbsesseln sitzen, sind nicht wegen der Kunst gekommen. Sie sind hier, weil es hier schnelles WLAN gibt. Man muss sich nur mit einem Passwort einloggen, das überall groß angeschrieben steht. „Aquinoserindenadie“ heißt es, übersetzt: „Hier ergibt sich niemand.“ Das ist ein legendärer Spruch der Revolution. Der Gründer und Betreiber des Kulturzentrums nennt sich Kcho, mit bürgerlichem Namen heißt er Alexis Leiva Machado. Er ist 45 Jahre alt, ein fülliger Mann mit grauem Vollbart. Kcho ist einer der bekanntesten Künstler Kubas. Schon mit Mitte zwanzig hat er seine Installationen im MoMa in New York ausgestellt. Immer wieder taucht das Motiv des Bootes in seinen Werken auf. Boote, mit denen Kubaner von der Insel verschwinden wollen.

Kcho würde nie fliehen, er stützt das System. Er sitzt im Nationalparlament, das zweimal im Jahr tagt, und als sein Kulturzentrum Anfang 2014 offiziell eröffnet wurde, war Fidel Castro dabei. Es war einer der seltenen Auftritte des Ex-Staatschefs. Er würdigte Kcho als „Genie der Kultur und Bildung“.

Kcho stellte drei Computer in die Bibliothek. Um sechs Uhr früh seien schon Besucher angestanden, um dort online gehen zu können, erzählt er. Da sei ihm die Idee mit dem WLAN gekommen. Laut Tarif kostet ihn die Zwei-Megabit-Leitung etwa 900 Dollar im Monat. Im März 2016 eröffnete dann Google auf dem Ateliergelände des kubanischen Künstlers „Kcho“ ein „Technologiecenter“ bei dem zusätzlich zum WiFi auch mit über 20 Chromebooks kostenlos im Netz gesurft werden kann.

Ein kubanischer Künstler, der von der internationalen Kunstszene gefeiert wird, der früher einmal als Regimekritiker galt, der jetzt von Google gespon-

sert wird, aber im Nationalparlament sitzt? So etwas kann es nur auf Kuba geben, dass sich gerade versucht neu zu erfinden.

7. Danksagung

Ich möchte mich bei der Heinz-Kühn-Stiftung bedanken, vor allem bei dem Kuratorium, welches dieses Thema ausgewählt hat. Nur so konnte diese Recherche ermöglicht werden. Außerdem möchte ich mich ausdrücklich bei Ute Maria Kilian bedanken, die als Betreuerin vor und während der Rechercheplanung zu jeder Zeit ihre Hilfestellung angeboten hat – und darüber hinaus eine der herzlichsten Personen ist, die ich kenne. Weiterer Dank gebührt Claudia Alvarez Pina, meiner kubanischen Freundin, die mir sehr ans Herz gewachsen ist und die mir durch ihre Kontakte entscheidend dabei geholfen hat, dass ich so viele unterschiedliche interessante Gesprächspartner interviewen konnte.